Communicatio Socialis 45 (2012), Nr. 2: 125–138
Quelle: www.communicatio-socialis.de

AUFSATZ

Julia Haug

# Die Kraft in Volkes Kern

## Zum Demokratiebild der deutschen Presse nach Tschernobyl und Fukushima

„Wutbürger" lautete das Wort des Jahres 2010. Die demokratische Auseinandersetzung zwischen Volk und seinen Repräsentanten erreichte mit Streitfragen wie Stuttgart 21 und der Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke[1] neue Höhepunkte. Spätestens seit dem nuklearen Super-GAU, dem größten anzunehmenden Unfall im japanischen Fukushima 2011, gilt der Konflikt um die zivile Atomkraft in Deutschland als Inbegriff des Kräftemessens zwischen Bevölkerung und politischer Elite (vgl. ddp Basisdienst 9.11.2010). Doch auch schon 25 Jahre zuvor, in Folge der Katastrophe im sowjetischen Tschernobyl, gingen die Deutschen auf die Straße und demonstrierten gegen die Nutzung der Kernkraft-Technologie. Beide Ereignisse, Tschernobyl und Fukushima, bewiesen damit Einfluss auf die deutsche Gesellschaft und die Tagesordnungen der nationalen Presse. Der mediale Blick auf die Kernenergie sowie die mit dem Kampf gegen sie verbundene politische Beteiligung waren Gegenstand der Studie[2], die diesem Aufsatz zugrunde liegt. Mit der „Tageszeitung" (taz), der „Süddeutschen Zeitung" (SZ), der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) und der „Bild" wurden die vier auflagenstärksten deutschen überregionalen Tageszeitungen, die gleichzeitig das politische Spektrum von konservativ bis linksliberal abdecken, inhaltsanalytisch untersucht. Dafür wurden alle 959 Artikel mit Kernkraft- und Deutschlandbezug innerhalb der ersten 13 Ausgaben einerseits nach Tschernobyl 1986 und andererseits nach Fukushima 2011 berücksichtigt. Die Untersuchung ermöglicht Aussagen über das Demokratieverständnis der Medien im Land.

1 Prinzipiell werden im Folgenden Kernkraft und Atomkraft synonym verwendet, allerdings fand das Präfix „Atom-" Eingang in die Umgangssprache und in den Jargon der Atomkraft-Gegner; Kernkraft dagegen mutet technischer an (vgl. Jung 1994, S. 243).

2 Vgl. Julia Haug: Die Kraft in Volkes Kern? Das Demokratieverständnis anhand der Kernkraft-Katastrophen Tschernobyl und Fukushima. Eine Inhaltsanalyse ausgewählter Tageszeitungen. Diplomarbeit Eichstätt 2012. Die Studie entstand am Lehrstuhl von Prof. Dr. Klaus Meier.



https://doi.org/10.5771/0010-3497-2012-2-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Die Geschichte der Kernkraft ist schizophren, bestehend aus Höhen und Tiefen, Zustimmung und Ablehnung (vgl. Bethge et al. 2001). Von jeher diente diese Technologie völlig konträren Zwecken: einerseits dem Angriff im Krieg und damit als Todbringer, andererseits der Energieversorgung und als Wohlstandsfaktor. Im Zusammenhang mit der Atomkraft besonders betont wird deshalb das kleine Wort „friedlich" schon vom amerikanischen Präsidenten Truman, um die Energieform gegenüber Hiroshima und Nagasaki abzugrenzen (vgl. Jung 1994, S. 44).

Als Entdecker der Radioaktivität gilt der französische Physiker Antoine Henri Becquerel (vgl. im Folgenden Bethge et al. 2001, S. 5f.). Zusammen mit seinen Studenten und späteren Forschungspartnern Marie und Pierre Curie macht er Ende des 19. Jahrhunderts erste Versuche zu Kernreaktionen. Als radioaktiv gilt fortan ein Atom, dessen Kern spontan zerfällt und dabei Energie abgibt. Im Fall der kommerziell genutzten Technologie wird die Kernspaltung künstlich durch Neutronenbeschuss herbeigeführt. Dass die dabei frei werdende unsichtbare Strahlung schädlich für den menschlichen Körper ist, ahnt seinerzeit noch niemand.

Von da ab entwickelt sich die Kernforschung rasend schnell. Bis in die 1940er Jahre arbeiten Physiker an der Weiterentwicklung der so genannten induzierten (also künstlichen) Kernspaltung, bis mit dem Nachweis von Kettenreaktionen die vielfältigen Möglichkeiten einer sich in Sekundenschnelle potenzierenden Energiemenge klar werden. Zunächst werden die Neuerungen für militärische Zwecke eingesetzt: Im Zweiten Weltkrieg sind es die Amerikaner, die am 6. und 9. August 1945 das erste, zweite und zugleich letzte Mal Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki werfen (vgl. Bethge et al. 2001, S. 16).

Der Bundesrepublik Deutschland wird es nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst von den alliierten Besatzern verboten, die Kernenergie zivil zu nutzen. Doch mit den Pariser Verträgen erlangen die Deutschen 1955 ihre weitgehende Souveränität zurück – darunter die Entscheidungsmacht über ihre Energieversorgung. Rasch holt das Wirtschaftswunderland Deutschland den nuklearen Forschungsrückstand wieder auf: Spätestens mit der Verteuerung und Verknappung fossiler Brennstoffe im Zuge der Ölkrise 1973 ist die Bedeutung der Kernkraft vorerst unbestritten. Allein zwischen 1970 und 1980 wächst deren Anteil an der deutschen Energieversorgung von drei auf 28 Prozent (vgl. Buiren 1975, S. 90).



https://doi.org/10.5771/0010-3497-2012-2-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Mit der Anzahl von Atomkraftwerken steigt weltweit auch die Anzahl der Störfälle: Die Unfälle 1986 und 2011 im Kernkraftwerk von Tschernobyl in der Ukraine sowie im AKW Fukushima in Japan bilden zwar einsame und tragische Ausreißer in der Statistik, doch in regelmäßigen Abständen verzeichnet die Störfallmeldestelle des Bundesamts für Strahlenschutz auch in deutschen Kraftwerken so genannte „meldepflichtige Ereignisse", die freilich in ihren Auswirkungen begrenzt bleiben.

## Deutsche Angst vor der Atomkraft

Im internationalen Vergleich sind die Deutschen ein außergewöhnlich furchtsames Volk. Die sprichwörtliche „German Angst" treibt sie in verschiedenen Themenbereichen um (vgl. Häusler 2011). Doch die Frage der Kernenergie scheint ein besonders deutlicher Beleg für sie zu sein: Offenbar haben die Deutschen – zumindest in ihrer Mehrheit – ein völlig anderes, verschärftes Verhältnis zur Atomkraft als andere Nationen, wie zum Beispiel Frankreich (vgl. Watts 2010, S. 63). Auch wenn Frankreich seit der jüngsten Atom-Explosion in Marcoule am 11. September 2011 allmählich mit einer noch wenig effektiven Anti-Atom-Bewegung nachzieht (vgl. Spiegel-Online vom 12.9.2011), die deutsche Atom-Furcht hat offensichtlich eine andere Intensität. Der Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx meint die Gründe dafür im historischen Erbe der Deutschen gefunden zu haben:

> „Die grauenhaften Erlebnisse des Zweiten Weltkriegs fanden [in der Atomkraft] eine verdrängte Fortsetzung. In einer gewaltigen Straf-Fantasie standen Hiroshima und Nagasaki für eine Fortsetzung und weitere Eskalation des Grauens der Bombennächte. Die Atombombe eignete sich aber auch als Entlastung. Die Verbrechen Hitlers (und vieler Deutscher) erschienen im Licht der atomaren Bedrohung nun weniger schrecklich, weniger dämonisch. ‚Die anderen sind ja noch schlimmer!'" (Horx 2011, S. 71)

Die deutsche Anti-Atom-Bewegung auf das Weltkriegs-Trauma zurückzuführen, ist allerdings problematisch, wenn man die vergleichbare Historie der Japaner betrachtet, die zudem als Opfer unter der Atombombe gelitten haben. Sie verfügen bisher über keine nennenswerte Atom-Opposition. Die Protestbereitschaft der Deutschen muss also woanders herrühren.

Auch abseits der militärischen Nutzung lehnen die Deutschen spätestens seit Tschernobyl die einst viel versprechende Technologie ab. Eine „Spiegel"-Umfrage kurz nach dem Unglück 1986 ergab: 23 Pro-



https://doi.org/10.5771/0010-3497-2012-2-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

zent der Befragten hatten im Vergleich zur Zeit davor ihre Meinung geändert – aller Wahrscheinlichkeit nach zu Ungunsten der Kernenergie, denn ganze 70 Prozent äußerten sich gleichzeitig gegen einen weiteren Ausbau der Kernenergie, immerhin 12 Prozent für einen sofortigen Ausstieg (vgl. o.V. vom 12.5.1986).

Im Jahr 2011 unmittelbar nach den ersten Meldungen aus Fukushima gehört Deutschland zu den wenigen Ländern, in denen eines niemand mehr in Frage stellt: das Ende der Kernenergie. Alle im Bundestag vertretenen Parteien und auch 71 Prozent der Bundesbürger halten den Ausstieg für richtig (vgl. Infratest-dimap vom 14.3.2011). Nur der Zeitpunkt gibt immer wieder Anlass zur Diskussion: Noch 2008 äußerten sich 46 Prozent der Teilnehmer einer Umfrage für eine längere Laufzeit, ebenso viele aber waren dagegen (vgl. Forsa-Institut vom 7.7.2008). Dass die schwarz-gelbe Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel im Herbst 2010 den rot-grünen Atomkonsens aus dem Jahr 2000 (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technik 2000) aufhob sowie die entsprechende Atomgesetz-Änderung aus dem Jahr 2002 in einer neuen Änderung ausglich, sorgte unter den Oppositions- und ehemaligen Regierungsparteien für Unmut: Die Restlaufzeiten sollten nun statt bis 2021 bis 2030 andauern. Unter den traditionell weniger kernkraftkritischen Regierungsfraktionen CDU/CSU und FDP sowie deren Anhängern fand diese energiepolitische Entscheidung allerdings ihre Befürworter, wie Abbildung 1 zeigt. Berücksichtigt man allerdings den Zeitpunkt der Umfrage, relativiert sich das Bild – die Nuklearkatastrophe in Japan ereignete sich erst zehn Tage später und Tschernobyl war aus dem akuten Bewusstsein verschwunden.

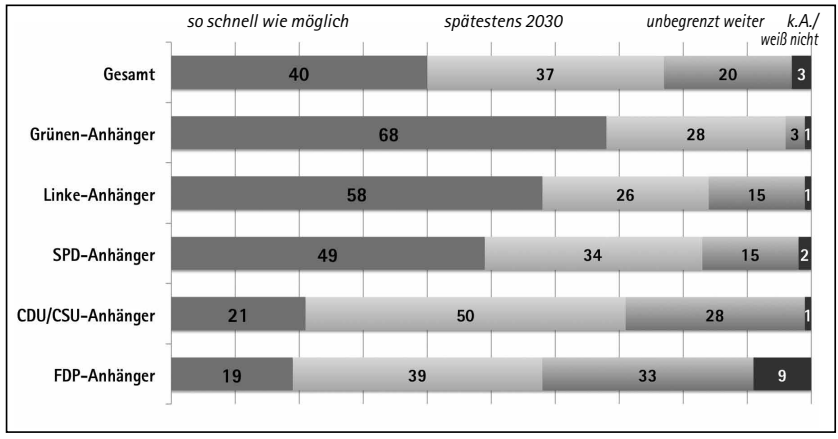


*Abb. 1: Parteianhänger – Zeitpunkt des Atom-Ausstiegs (%) (Infratest-dimap vom 2.3.2011; N=1000; Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in D.)*



https://doi.org/10.5771/0010-3497-2012-2-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

## Tschernobyl und Fukushima – zwei Länder, eine Katastrophe

Auch wenn 25 Jahre und mehr als 8000 Kilometer Luftlinie zwischen den beiden Ereignissen liegen – mindestens eine Gemeinsamkeit der nuklearen Katastrophe im AKW Daiichi im japanischen Fukushima mit dem Unglück in Tschernobyl gibt es: das Ausmaß. Beide wurden inzwischen – Fukushima seit dem 12. April 2011 – auf der International Nuclear Event Scale (INES) mit der maximalen Stufe 7 bewertet, die einem Super-GAU entspricht (vgl. Lossau 12.4.2011). Ablauf und Ursache sind jedoch vollkommen anders als in der Ukraine: Allem voran geht in Fukushima kein Test, sondern eine Naturkatastrophe, erst ein Erdbeben der Richter-Stärke 9,0, dann ein Tsunami, der die nordöstliche Küstenregion Japans überflutet – das AKW Fukushima Daiichi inbegriffen. Die Reaktoren 1, 2 und 3 von Fukushima I werden sofort automatisch abgeschaltet, doch ohne großen Erfolg: Die erste Explosion ereignet sich schon am Tag nach der Welle, weitere folgen, obwohl sie notdürftig mit Kühlwasser aus dem Meer zu verhindern versucht werden (vgl. Schumacher 2011, S. 75; dpa 21.3.2011). Doch wie Experten später rekonstruieren, hat die gefürchtete Kernschmelze, also das Durchbrennen und Schmelzen der Stäbe im Reaktorkern, in Reaktor 1 schon am 12. März, am Tag der Flut, stattgefunden (vgl. Stern.de vom 24.5.2011).

Die Abläufe in Tschernobyl hat der unabhängige Kernphysiker Walter Rüegg (2011) 25 Jahre danach zusammengefasst: Ausgangspunkt hier ist eine am 25. April 1986 geplante Testabschaltung, die genau das Gegenteil von dem nachweisen soll, was sich schließlich tatsächlich ereignet: nämlich eine ausreichende Reststromversorgung im Falle eines vollständigen Stromausfalls, die ein sicheres Herunterfahren des Reaktors ermöglichen soll. „Durch eine Kette von Fehlentscheidungen, kombiniert mit den Schwächen eines solchen Reaktors, ist es […] zur Katastrophe gekommen“ (Rüegg 2011, S. 40). Anders als heutige moderne Reaktoren arbeitet der Tschernobyl-Reaktor nämlich mit einer nach westlichen Maßstäben schon damals überholten graphit-moderierten Technik. Dabei wirkt Graphit, reiner Kohlenstoff, fördernd für die Leistungserzeugung. Gleichzeitig ist er aber schwer kontrollierbar: Die Kettenreaktion im überhitzten Reaktorkern in Tschernobyl lässt sich nicht mehr abbrechen, zwei schwere Explosionen sind die sofortige Folge.

Abgesehen von den unterschiedlichen gesellschaftlichen Auswirkungen grenzt auch die Informationspolitik der zuständigen Staaten die beiden Ereignisse voneinander ab: Im Fall von Tschernobyl scheint die Kommunikation rückblickend außergewöhnlich desolat,



https://doi.org/10.5771/0010-3497-2012-2-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

so dass die durch die atomare Wolke ebenfalls betroffenen Nachbarstaaten erst nach drei Tagen – zum einen zu spät und zum anderen nur zufällig wegen selbst erhöht gemessener Radioaktivitätswerte im Luftraum über Skandinavien – von der gefährlichen Wolke erfahren (vgl. Lehmann 1986; Pöttker 1986, S. 28). Was während solcher Super-GAUs im Inneren von Kernkraftwerken vor sich geht, lässt sich mit den vielen Einzelinformationen der Medien, wenn überhaupt, erst in der Retrospektive einordnen. So veröffentlicht auch die japanische Betreiberfirma Tepco über Fukushima nur nach und nach die ganze Dramatik der Geschehnisse – ob nur wegen mangelnder Fakten oder zum Zweck bewusster Täuschung, bleibt umstritten.

Die biologischen Auswirkungen der GAUs in Tschernobyl und Fukushima sind in Deutschland unterschiedlich. Entsprechend der geographischen Nähe spüren die Deutschen 1986 Beeinträchtigungen in ihrem Lebensalltag: Das besonders schädliche Cäsium-137 mit einer Halbwertszeit von 30 Jahren wird in einer radioaktiven Wolke gen Westen getrieben, ebenso das radioaktive, immerhin schnell zerfallende Jod-131 (vgl. Schumacher 2011, S. 78). Beides setzt sich vor allem im regenreichen Süden Deutschlands auf die Landschaft ab. Lebensmittel werden verseucht, der Alltag der Deutschen gerät außer Kontrolle. Anders im März 2011: Hier sind es politische Auswirkungen, die das japanische Reaktor-Unglück in Deutschland verursacht.

## Dreieck aus Medien, Demokratie und Öffentlichkeit

In einer repräsentativen Demokratie wie der deutschen ist die Politik auf die öffentliche Wirkung durch die Massenmedien angewiesen. Dabei ist der Begriff Öffentlichkeit schwierig zu fassen. Schon ihre Geschichte ist eine des Bedeutungswandels: das Nicht-Private im antiken Rom, das Nicht-Geheime in Germanien, die monarchische Repräsentation vor dem Volk im Absolutismus und schließlich die diskursive Begründung und Ausübung von Macht durch das Volk in der Demokratie (vgl. Donk/Westerbarkey 2009, S. 19).

Dem Soziologen Jürgen Habermas zufolge soll Öffentlichkeit in erster Linie als demokratisches Forum allen Bürgern einen gemeinsamen Austausch ermöglichen. Damit legt sein normativ-kritisches Diskursmodell das Hauptaugenmerk auf die Öffentlichkeit. Ziel ist es, einen vernunftgelenkten Konsens zu erhalten, also eine sich durchsetzende öffentliche Meinung im demokratischen Sinne. Die Medien selbst können in diesem Zusammenhang lediglich früh warnen, indem sie auf politisch relevante Themen hinweisen, die so Gegenstand öffentlicher Diskussion werden (vgl. Habermas 1992, S. 438).



https://doi.org/10.5771/0010-3497-2012-2-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Damit entspricht Habermas' Vorstellung fast eins zu eins der Partizipationstheorie von Demokratie, also der gleichberechtigten Beteiligung aller an der Willensbildung, nicht nur der politischen Elite. Eine von zahlreichen Wiedergeburten erlebte die klassische Partizipationstheorie etwa in den Ambitionen der 68er-Generation: Proteste, Sitzstreiks und öffentliche Debatten verdeutlichten die Unzufriedenheit vieler mit der Politik einer repräsentativen Herrschaft. Die Partizipationstheoretiker weigern sich folglich, den Demokratiebegriff auf den rein formalen Akt der Wahl zu reduzieren (vgl. Beierwaltes 2002, S. 70), wie es etwa die Verfechter der Elitentheorie von Demokratie tun.

**Super-GAU-Berichterstattung damals und heute**

Die deutsche Presseberichterstattung im Anschluss an Tschernobyl und Fukushima unterscheidet sich deutlich voneinander, das hat die Inhaltsanalyse gezeigt: Die Landtagswahlkämpfe 2011 wirken sich auf die Presseinhalte nach Fukushima aus; das dabei vermittelte Demokratiebild ist ein konventionelleres und stärker von politischer Elite geprägtes als das der Berichterstattung nach Tschernobyl.

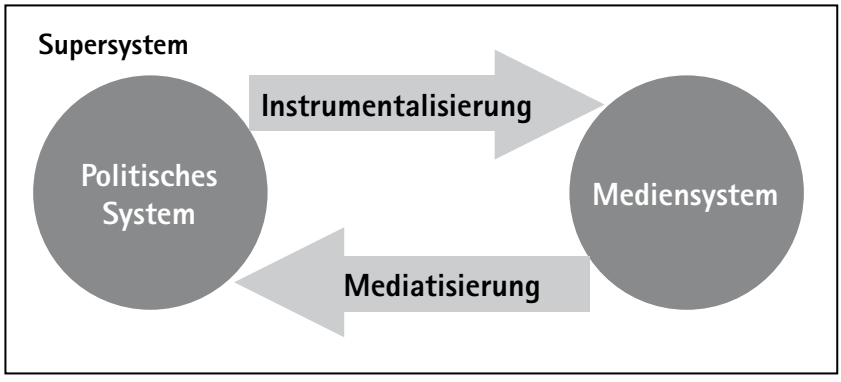


*Abb. 2: Gegenseitige Beeinflussung von Politik und Medien (eigene Darstellung auf Basis von Stöckler 1992, S. 288; Westerbarkey 1995, S. 155)*

Im Detail hat der zeitliche Vergleich 1986 mit 2011 folgende Veränderungen gezeigt:

*Tendenz zu ausführlicheren Artikeln*
Die Zahl der Atomkraft-Artikel war in beiden Zeiträumen ähnlich (493 und 466). Lediglich die Länge der Beiträge war nach Fukushima größer, was eine tiefgründigere Berichterstattung vermuten lässt. Die bloße Wiedergabe von aktuellen Nachrichten scheint nicht mehr allei-



https://doi.org/10.5771/0010-3497-2012-2-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nige Aufgabe der Tageszeitungen zu sein – dies übernehmen im Jahr 2011 schnellere Kanäle wie das Internet. Für einen schnelllebigeren Umgang mit Ereignissen und Themen spricht auch die Entwicklung der Beitragszahl nach Fukushima: Sie steigt rasch an, flacht aber auch rasch wieder ab. Die tägliche Beitragszahl nach Tschernobyl baut sich dagegen langsamer auf und hält dann ihr Niveau mit kleineren Schwankungen.

*Tendenz zu Politikthemen*

Sieben von zehn Analyseeinheiten in der gesamten Berichterstattung haben ein politisches Haupt- oder Nebenthema (vgl. Abb. 3). Die Kernkraft ist damit ein Artikelgegenstand, der weite gesellschaftspolitische Kreise zieht. Als Folge ihrer Instrumentalisierung im Wahlkampf hat sich die Bedeutung der Politik nach Fukushima noch verstärkt.

| | *Tschernobyl (n=493)* | *Fukushima (n=466)* |
|---|---|---|
| *1* | Gesundheit / Sicherheit der Bevölkerung (36,3%) | Zukunft der Kernenergie (28,5%) |
| *2* | Zukunft der Kernenergie allgemein (12,8%) | Sicherheit bundesdeutscher Kernkraftwerke (10,1%) |
| *3* | Proteste/Demonstrationen/Kundgebungen (9,9%) | Wahlen (8,6%) |
| *4* | Wahlen (4,9%) | Proteste/Demonstrationen/Kundgebungen (8,2%) |
| *5* | Einzelhandel/Landwirtschaft (4,7%) | Politikerkarrieren/Ämterverteilung (7,7%) |

*Abb. 3: Top 5 unter den Hauptthemen nach Tschernobyl und Fukushima*

*Tendenz zur Elitenfokussierung*

Auch in der gesamten Stichprobe überwiegen politische Handlungsträger: Mehr als die Hälfte aller Akteure sind Politiker, immerhin noch jeder fünfte ein Bürger (vgl. Abb. 4). Nicht nur quantitativ, auch qualitativ mittels Namensnennungen und Wortmeldungen werden Partei-Politiker in der Berichterstattung bevorzugt – ein Indiz für die auf Repräsentanten fokussierte Pluralismustheorie der Demokratie. Für die noch exklusiver orientierte Elitentheorie spricht sogar, dass die meisten der genannten Politiker Exekutiv-Ämter auf Bundesebene innehaben, allen voran der Regierungschef. Einzig die Art der Zitation trübt das Bild vom glorreich dargestellten Spitzenpolitiker – meist werden seine großteils sachlichen Aussagen paraphrasiert



https://doi.org/10.5771/0010-3497-2012-2-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

wiedergegeben. Im zeitlichen Vergleich 1986 mit 2011 hat sich die Politiker-Bürger-Schere nach Fukushima noch weiter geöffnet: Politiker sind 2011 noch mehr, Bürger noch weniger vertreten. Das dem Leser vorgestellte Bild von Demokratie wird mehr von der politischen Elite, vor allem den Regierungsparteien, geprägt – nicht zuletzt wegen des Wahlkampfes.

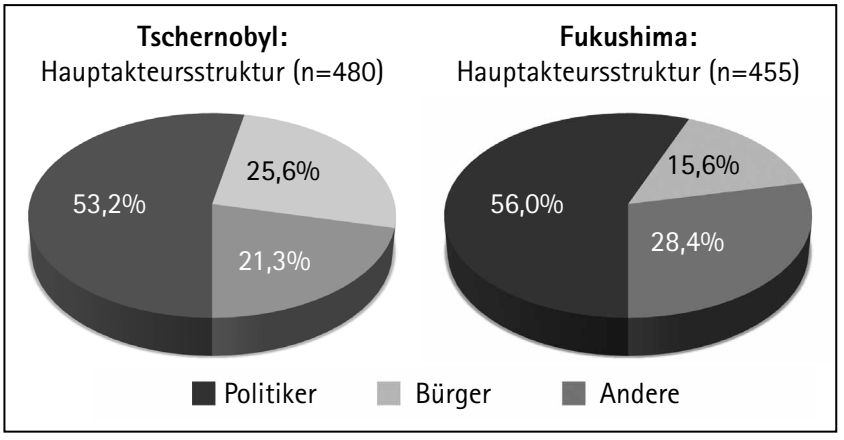


*Abb. 4: Hauptakteursstruktur nach Tschernobyl und Fukushima*

*Tendenz zur konventionellen politischen Beteiligung*
Die Arten der Partizipationsmöglichkeiten des Bürgers sind vielfältig. Sie reichen von konventionellen Methoden wie Wahlen und Parteiarbeit hin zu unkonventionellen wie Demonstrationen und zeitweiligen Bürgerinitiativen. In der Presse kommen sie aber zu kurz. In der analysierten Berichterstattung wird zu jeweils etwa einem Drittel beides, Wahlen und Demonstrationen, erwähnt – konventionelle und unkonventionelle Beteiligung halten sich auch darüber hinaus die Waage. Der zeitliche Vergleich belegt aber, dass 1986 noch zwei Drittel der Partizipationen unkonventioneller Art sind, nach Fukushima nur noch gut ein Drittel. Die konventionelle Beteiligung hat Überhand genommen – ein Zeichen für den Wahlkampf und die damit verbundene elitenorientierte Pluralismustheorie.

*Tendenz zur positiven Bewertung der unkonventionellen Partizipation*
In der Bewertung polarisieren unkonventionelle Beteiligungsformen deutlich: Sie werden zu einem größeren Anteil entweder positiv oder negativ, konventionelle dagegen meist ambivalent bewertet. Dabei bleiben negative Bewertungen in der gesamten Stichprobe eher in



https://doi.org/10.5771/0010-3497-2012-2-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

der Minderheit – politische Beteiligung wird generell eher entweder positiv oder ausgeglichen dargestellt. Dabei berichteten alle vier Zeitungstitel, taz, FAZ, SZ und „Bild" nach Fukushima positiver über Demonstrationen und Proteste. Nur die taz tat das schon vor 25 Jahren, als es noch dem Mainstream entsprach, gegen die Protestler zu wettern.

*Tendenz zur negativen Bewertung der Kernkraft*
Zwar nehmen die Medien nach Fukushima weniger oft Stellung zur generellen Kernkraft-Frage. Doch die Tendenz der wenigen Stellungnahmen ist eindeutig: Meist mit Hilfe des Hauptakteurs bewerten Artikel die Kernenergie zunehmend negativ. Dieses Bild gilt für alle vier Medien des Samples, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung. Zwar sind die konservativen Medien FAZ und „Bild" generell auch nach Fukushima zurückhaltender mit Atom-Wertungen als linksliberale, aber auch sie nennen dann mehrheitlich negative Aspekte der Kernenergie.

*Tendenz zum nuklearen Wahlkampfgegenstand?*
Anders als 1986 ist der Super-GAU 2011 Anlass zu Kritik und Selbstkritik an der deutschen Energiepolitik. Mehrere aufeinander treffende Faktoren machten die Kernkraft zum Wahlkampfthema Nummer Eins: die unmittelbar anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg sowie Rheinland-Pfalz, die im Herbst zuvor verlängerten Laufzeiten für deutsche AKWs und schließlich die überraschende Atom-Katastrophe im technischen Vorreiterland Japan. Ob man angesichts dieser vielen Einflussfaktoren von einer generellen Tendenz zum nuklearen Wahlkampfthema sprechen kann oder nur unter den genannten Sonderbedingungen, das müsste eine Vergleichsstudie über einen anderen Wahlkampf prüfen. Zusätzlich zum Themenschwerpunkt Wahlen zeichnet die Kernkraft-Berichterstattung nach Fukushima sich durch besonders viele Leitartikel und andere Kommentarbeiträge aus, die in der Summe ein meinungsbetontes Bild von Politik und Kernenergie abgeben.

## Kernkraft als Politikum

Die Studie hat also gezeigt: Die Kernkraft ist keine banale Steuererhöhung, sie geht an die Substanz der Deutschen – Wirtschaftswunder oder Hiroshima, Laufzeitverlängerung oder Abschaltung. Was prägt die Haltung der deutschen Bevölkerung mehr? Besonders nach Katastrophen, die die nuklearen Gefahren in Erinnerung rufen, brandet der gesellschaftliche Disput wieder auf: Menschen gehen auf die Straße



https://doi.org/10.5771/0010-3497-2012-2-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

und fordern das Ende der Atomkraft, Politiker rechtfertigen sich und ihr Handeln. Die Massenmedien wiederum bilden dieses mehr oder weniger demokratische Schauspiel ab, soweit sie dafür nicht durch redaktionelle Regeln und Grundsätze des journalistischen Berufsalltags wie zum Beispiel Nachrichtenfaktoren eingeschränkt werden.

Erstmals hat die diesem Beitrag zugrunde liegende Studie politikwissenschaftliche Theorien für eine Einschätzung des medialen Demokratiebildes herangezogen und mit Printinhalten aus zwei Epochen verglichen. Dabei stellte sich heraus, dass anders als der gesellschaftliche Trend zu mehr Protestbewegung vermuten lässt, die Medieninhalte nach Fukushima äußerst politikerorientiert sind und damit der Elitenfokussierung im Land Vorschub leisten.

Dem Leser wird darüber hinaus nur unzureichend vorgezeichnet, was ihm an politischen Beteiligungsformen zur Verfügung steht. Fairerweise muss allerdings der außerordentliche Einfluss des Wahlkampfes 2011 berücksichtigt werden: Einerseits lieferte er ein Kriterium, das die beiden Untersuchungszeiträume wegen ihrer mehr oder weniger starken Medialisierungseffekte unterschied und einen entsprechenden Vergleich ermöglichte. Andererseits erschwerte der Wahlkampfeinfluss aber auch verallgemeinernde Aussagen, da sich stets die Frage stellte: Ist dieses Ergebnis auf ein tatsächlich verändertes Demokratieverständnis zurückzuführen oder ist die Sondersituation Wahlkampf verantwortlich?

Doch auch unabhängig von diesem Wahlkampf-Aspekt besteht kein Zweifel, dass die Kernkraft zum Politikum geworden ist, das nicht nur Meinungen, sondern ganze Lebensanschauungen beeinflusst. Politiker sind Vorreiter und Meinungsführer in den untersuchten Artikeln, doch als absurde Steigerung dieser Auslese hat sich innerhalb der politischen Elite noch einmal eine Verschiebung hin zur Elite der Elite vollzogen: Regierungsparteien stellen die Protagonisten, Oppositionsparteien werden auf die Nebenrollen der Artikel verbannt.

Ob man dieses Missverhältnis und die mediale Benachteiligung des Bundestags noch als würdig für die deutsche repräsentativ-parlamentarische Demokratie ansehen kann, hängt vom Blickwinkel ab: Im Sinne der Elitentheorie wird die Presse nach Fukushima ihrer Aufgabe durchaus gerecht – die Regierung kann ihre Entscheidungen öffentlich artikulieren und dadurch vor dem Volk legitimieren. Aber schon aus der Perspektive der nur mittelmäßig partizipatorischen Pluralismustheorie ist die Exekutive zu stark dargestellt; Interessengruppen und auch Parteien aller Art, nicht nur die Mehrheit, sollten danach eigentlich gleichberechtigt vertreten sein. Ein wirklicher öf-



https://doi.org/10.5771/0010-3497-2012-2-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

fentlicher, massenmedialer Diskurs nach der Vorstellung von Jürgen Habermas sowie der Partizipationstheorie bestünde aber auch mit einer ausgiebigen Parteienbeteiligung nicht, sondern nur mit Bürgerbeteiligung. Stattdessen zeigen die empirischen Ergebnisse: Bürger werden von den Massenmedien vernachlässigt. Dass sie, wenn überhaupt, nur als anonyme Masse mit irrationalen Bauchgefühlen dargestellt werden, lässt ein Menschenbild vermuten, das dem einfachen Bürger nicht viel zutraut. Damit vergeben die meisten Medien – mit Ausnahme der „taz" – die Chance einer stärkeren Bürgerbeteiligung in ihren Artikeln, die sich auch in einer stärkeren Rezeption durch das Volk ausdrücken könnte.

Leser haben Einfluss. Doch wie weit dieser in Bezug auf redaktionelle Inhalte geht, ist umstritten. Gegen den Vorwurf der selbstverschuldeten medialen Unmündigkeit des Volkes – frei nach Immanuel Kant – spricht, dass es den gesellschaftlichen Bedarf nach mehr Beteiligung und medialem Austausch an anderer Stelle durchaus gibt. Massenbewegungen in sozialen Online-Netzwerken sind ein eindeutiges Indiz. Diese Erkenntnis kann für Zeitungen neben einer Bedrohung ihrer verbleibenden Bedeutung auch eine Chance darstellen: Die elitenorientierte Berichterstattung der meisten überregionalen Tageszeitungen hinkt hinter dem gesellschaftlichen Wandel her, es besteht also Potential der Leser(rück)gewinnung. Dafür müssten Medien ihre Reporter allerdings besser unters Volk bringen statt nur in die Ministerien, und so dem Durchschnittsleser Ansatzpunkte zur Identifikation geben. Wagen die Zeitungen den Weg hin zum Bürgermedium nicht, dann bleiben der Masse des Volkes nur zwei Möglichkeiten: entweder die Presse vollends als überholtes Medium eines obrigkeitshörigen Zeitalters hinter sich lassen und die Vorzüge des frei zugänglichen Internets nutzen. Oder aber sich die Waffen der Elite aneignen, Kampagnen starten, Galionsfiguren aufbauen und so noch einmal den Eingang in die konventionelle Berichterstattung finden – damit sich die Kraft in Volkes Kern endlich auch in den Massenmedien ausdrückt.

## Literatur

Beierwaltes, Andreas (2002): Demokratie und Medien. Der Begriff der Öffentlichkeit und seine Bedeutung für die Demokratie in Europa. 2., unveränd. Aufl. Baden-Baden.

Bethge, Klaus/ Walter, Gertrud/ Wiedemann, Bernhard (2001): Kernphysik. Eine Einführung; mit 25 Tabellen, 100 Übungen mit ausführlichen Lösungen sowie Kästen zur Erläuterung und einem historischen Überblick über die Entwicklung der Kern- und Elementarteilchenphysik. 2., aktualisierte und erw. Aufl. Berlin.



https://doi.org/10.5771/0010-3497-2012-2-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Buiren, Shirley van (1975): Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken. Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie. Febr. 1975. 2. Aufl. Deutschland; Battelle-Institut (Hg.). Bonn: Bundesministerium für Forschung und Technologie.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technik (2000): Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2000. Online verfügbar unter: http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/V/vereinbarung-14-juni-2000,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf, zuletzt geprüft am 20.8.2011.

ddp Basisdienst (9.11.2010): Grüne bezeichnen Gorleben-Protest als „Sternstunde der Demokratie".

Donk, André/ Westerbarkey, Joachim (2009): Politische Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Fragmentierung, Desintegration und Entpolitisierung. In: Bisky, Lothar (Hg.): Medien - Macht - Demokratie. Neue Perspektiven. Berlin, S. 18-35.

dpa (2011): Die Katastrophe in Japan. Hoffnung in Fukushima, radioaktive Nahrungsmittel, wieder Nachbeben. In: Ausgabe 67, 21.3.2011, S. 2.

Forsa-Institut (2008): Sollten Kernkraftwerke länger als bisher geplant laufen? Eine Erhebung unter 1000 Befragten, 7.7.2008. Online verfügbar unter www.statista.com.

Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main.

Häusler, Martin (2011): Fürchtet euch nicht. Die Vertreibung der deutschen Angst. München.

Horx, Matthias (2011): Die deutsche Kernfrage. Was wir aus der Atomkatastrophe von Fukushima über Risikokultur, kollektive Psychologie, Weltwahrnehmung und die Zukunft lernen können. In: Focus Magazin, H. 17, S. 70-73.

Infratest-dimap (2011a): ARD-DeutschlandTrend. Eine Erhebung unter 1000 Befragten, 1.-2.3.2011.

Infratest-dimap (2011b): Halten Sie es grundsätzlich für richtig, dass Deutschland aus der Atomkraft aussteigt oder nicht? Eine Erhebung unter 909 Wahlberechtigten, 14.3.2011. Online verfügbar unter: www.statista.com.

Jung, Matthias (1994): Öffentlichkeit und Sprachwandel. Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie. Univ., Diss. u.d.T.: Jung, Matthias: Die nukleare Kontroverse als Sprachgeschichte der Gegenwart. Düsseldorf, 1991.

Lehmann, Lutz (1986): Liebliche Bilder. Chronik der sowjetischen Informationsgebung über die Katastrophe von Tschernobyl. In: Medium Magazin, 16. Jg., H. 3, S. 18-23.

Lossau, Norbert (2011): Fukushima könnte schlimmer als Tschernobyl werden. In: Welt Online, 12.04.2011. Online verfügbar unter: http://www.welt.de/debatte/kommentare/article13150780/Fukushima-koennte-schlimmer-als-Tschernobyl-werden.html, zuletzt geprüft am 5.8.2011.

o.V. (1986): Die Zeit der Klarheit ist gekommen. In: Die Tageszeitung vom 12.5.1986, S. 1.



https://doi.org/10.5771/0010-3497-2012-2-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Pöttker, Horst (1986): „…normale Lebensweise und normale Ernährung". Tschernobyl in den Schlagzeilen der deutschsprachigen Tagespresse. In: Medium Magazin, 16. Jg., H. 3, S. 26-32.

Rüegg, Walter (2011): Die Tschernobyl-Katastrophe. Hergang, Folgen und Berichterstattung. In: Bulletin SEV/VSE, H. 4, S. 40-45.

Schumacher, Birgit (2011): Eine katastrophale Geschichte. In: Öko-Test, H. 4, S. 74-85.

Spiegel-Online (2011): Ein Toter bei Explosion in französischer Atomanlage Marcoule, 12.9.2011. Online verfügbar unter: http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/0,1518,785765,00.html, zuletzt geprüft am 6.10.2011.

Stern.de (2011): Tepco gesteht weitere Kernschmelzen in Reaktoren ein. In: Stern.de, 24.5.2011. Online verfügbar unter: http://www.stern.de/panorama/atomunglueck-in-fukushima-tepco-gesteht-weitere-kernschmelzen-in-reaktoren-ein-1688313.html, zuletzt geprüft am 6.10.2011.

Stöckler, Markus (1992): Politik und Medien in der Informationsgesellschaft. Ein systemtheoretisch basierter Untersuchungsansatz. Univ.-Diss. Münster.

Watts, Nicolas (2010): „Deconstructing Chernobyl". The meaning and legacy of Chernobyl for European citizens. In: Mez, Lutz (Hg.): Atomkraft als Risiko. Analysen und Konsequenzen nach Tschernobyl. Frankfurt am Main, S. 33-73.

Westerbarkey, Joachim (1995): Journalismus und Öffentlichkeit. Aspekte publizistischer Interdependenz und Interpenetration. In: Publizistik, 40. Jg., H. 2, S. 152-162.



https://doi.org/10.5771/0010-3497-2012-2-125 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY